

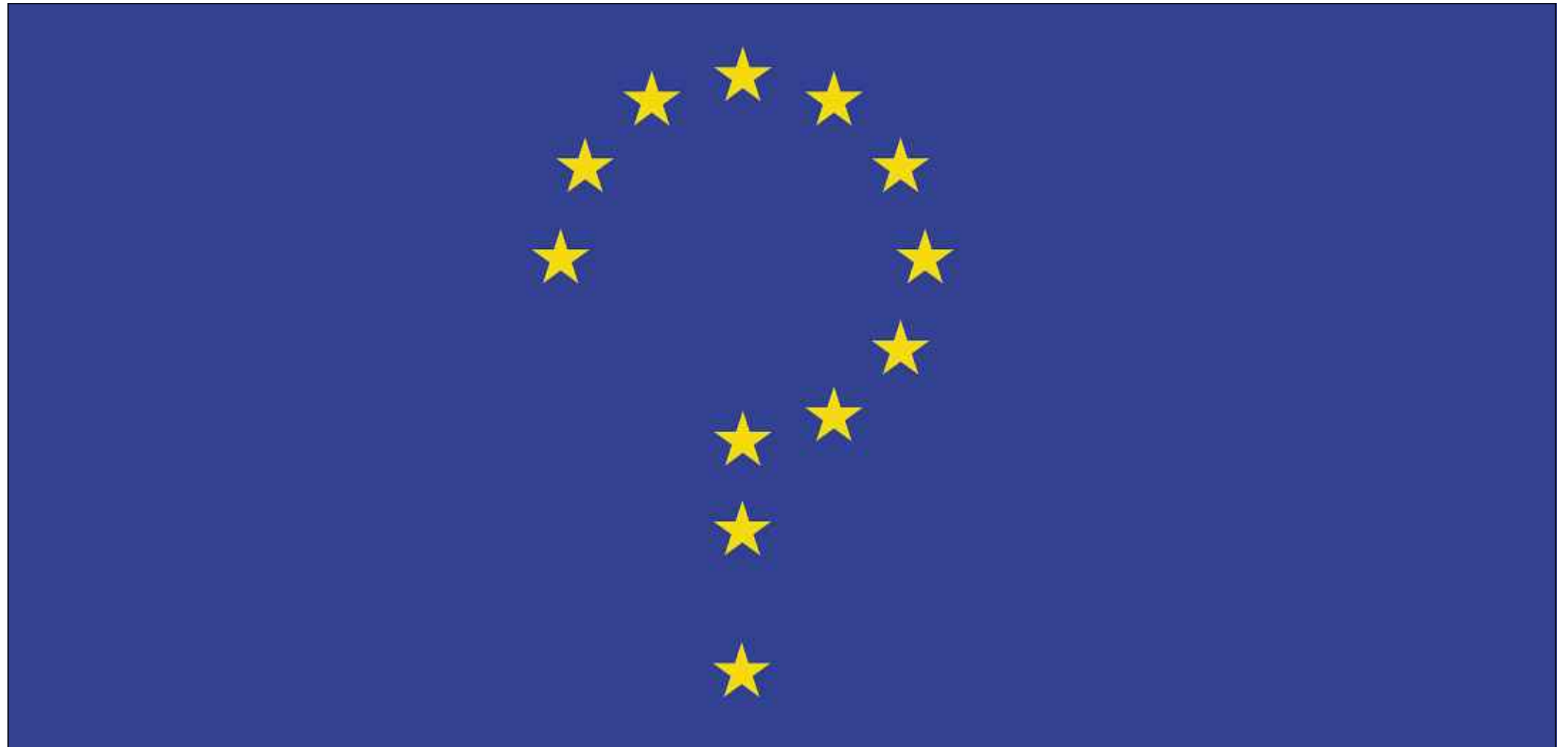
Causa

ARGUMENTE UND ZUSAMMENHÄNGE

Wir laden interessante Autoren ein, sich auf www.causa.tagesspiegel.de auszutauschen, und zeigen jede Woche Ausschnitte aus einer Debatte an dieser Stelle. Diese Woche geht es um das Votum der Briten gegen den Verbleib in der Europäischen Union: „Nach dem Brexit – was kommt nun?“

Außerdem online in unserem Expertenforum: **Fredrik Wesslau**, Programmdirektor bei der Denkfabrik European Council on Foreign Relations, wirft Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Bezug auf Russland „Wunschdenken“ vor: Die geforderte schrittweise Aufhebung der Sanktionen mache die EU-Politik unglaubwürdig.

Und der Sozialpsychologe **Ulrich Wagner** beantwortet die Frage: Sind die Deutschen reif genug fürs Fährnenschwenken bei der EM?



Der visuelle Kommentar zur Zukunft der EU nach dem Brexit von Raban Ruddigkeit/brousserruddigkeit.com

Mind the Gap

Der Brexit zeigt die tiefe Kluft zwischen den Generationen in Großbritannien.

Der junge Brite Christopher Ruff schreibt: Jetzt beginnt der Kampf erst richtig

VON CHRISTOPHER RUFF

Etwa um vier Uhr morgens wusste ich, dass es vorbei ist. Während ich die Liveberichterstattung der BBC sah, färbten sich immer mehr Wahlkreise blau – dort, wo die „Vote Leave“-Kampagne gewonnen hatte, von Wolverhampton zu Eastbourne, Barnsley zu Swansea. Auf einmal schlug sich die antieuropäische Stimmung in diesen Städten handfest nieder, genauso wie die Ressentiments gegen die aktuelle britische Regierung, gegen Großbritannien, gegen die Eliten, gegen David Cameron, oder was auch immer die Wählerinnen und Wähler am modernen Großbritannien momentan kritisieren. Der britische Premier Cameron ist nun zurückgetreten. Das Land und die EU sind in eine Krise gestürzt. Die Märkte reagierten so, wie sie es immer tun bei Instabilität. Im Kontext des Referendums zeigt sich eben diese Instabilität von ihrer brutalsten, destruktivsten Art. Wer weiß schon, was als Nächstes passieren wird?

Das Referendum ist ein riesengroßer kollektiver Mittelfinger an die Adresse des politischen Establishments, und diejenigen, die ihren Mittelfinger zeigen, sind Menschen der britischen „working class“. Die kleinen Leute, jene, die sich zurückgelassen fühlen in Anbetracht der Globalisierung. Wie auch immer wir sie nennen wollen: Jene, für die in Anbetracht eines möglichen Brexit am meisten auf dem Spiel stand, waren zugleich die größten Unterstützer des Referendums. Und, wie so oft, werden es auch wieder die Schwachen sein, die unter der wirtschaftlichen Instabilität leiden müssen. Nur haben sich diese Wähler durch ihre Stimme für den Brexit diesmal selbst diese Instabilität gewünscht.

Das britische EU-Referendum zeichnet ein Bild von einer britischen Gesellschaft, die tief gespalten und zerklüftet ist: Norden gegen Süden, Alte gegen Junge, London gegen den Rest.

Am Tag der Entscheidung fällt mein Blick immer wieder auf mein Handy. Meine Facebook-Timeline und Twitter vermitteln mir ein anderes Bild: Alle meine Freunde, jeder, mit dem ich irgendwie durch die sozialen Netze verbunden bin, sie alle schienen leidenschaftliche Befürworter eines Verbleibs zu sein. Dieses Gefühl, dass die sozialen Medien ein verzerrtes Bild liefern, entstand

schon während der Parlamentswahlen 2015, als mein eigenes soziales Netzwerk den Sieg der Konservativen komplett unverständlich erscheinen ließ. Wir sehen die sozialen Medien fälschlicherweise als Spiegel der Gesellschaft. In Wahrheit machen sie die entscheidende Kluft sichtbar: jene zwischen Alten und Jungen.

Mehr als 60 Prozent der 18- bis 30-Jährigen stimmten für den Verbleib ihres Landes in der EU. Umgekehrt verhält es sich mit den über 65-Jährigen; auch bei den mittleren Altersklassen bis zu 49 Jahren hat es das „Remain“-Lager gerade so geschafft. In den Altersklassen darüber lag das „Brexit“-Lager klar vorn. Daran konnte auch eine in letzter Minute gestartete Kampagne nichts ändern, in der junge Wählerinnen und Wähler an ihre Großeltern appellierten: „Wählt für uns und unsere Zukunft, stimmt gegen einen Brexit.“ Frustriert von der modernen Welt, wollten die Alten ein Zeichen setzen. Dafür wählten sie das effektivste aller Mittel: Sie gingen einfach in großer Zahl wählen.

Und doch ist es falsch, der älteren Generation die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Vielmehr müssen wir die Schuld bei uns selbst suchen. Die Ergebnisse zeigen: Wir haben nicht leidenschaftlich genug für unser europäisches Projekt gekämpft.

Wenn man selbst von einem Argument so überzeugt ist, aber so viele andere Mitbürger etwas ganz anderes in diesem Referendum zu sehen scheinen, dann stellt man automatisch seine eigene Identität infrage. Habe ich wirklich den Bezug zu meinem Land verloren? Jedenfalls scheint es mir so.

Viele der Linken werden sagen, sie hätten es kommen sehen. Während ich diese Zeilen verfasse, füllt sich meine Timeline bei Facebook auch mit zahlreichen Kommentaren von wütenden Labourwählern – wütend auf Jeremy Corbyn und das kürzlich gewählte Parteipräsidium. Es ist wirklich fraglich, ob Corbyn, der selbst lange euroskeptisch dachte, die beste Wahl war, um die Verbleibekampagne zu leiten.

Während meiner eigenen Erfahrung mit der Kampagne habe ich festgestellt, dass die sozialdemokratischen Argumente hinsichtlich der Arbeitnehmerrechte nicht griffen. Für Labourwähler

war Immigration das Thema und darauf hatten wir keine Antwort. Bis Mai dieses Jahres – ja Mai! – wussten die sozialdemokratischen Wähler nicht einmal, was die Parteiparole zum Referendum war. Die Situation hätte eine starke Führung verlangt, doch diese war bei Labour weit und breit nicht zu finden.

Der historische Graben innerhalb der Tories ist der Grund dafür, dass es überhaupt zu einem Referendum ausgerufen wurde. Camerons Spielereien innerhalb der Parteiführung sind nach hinten losgegangen. Er ist über seinen eigenen Strick gefallen. Der Brexit wird wohl seinen ehemaligen Schulfreund Boris Johnson zum mächtigsten Mann Englands machen – Worte, von denen ich mir nie träumen ließ, sie einmal zu schreiben. Wir dachten, die progressiven Kräfte hätten in den letzten sechs Jahren unter Cameron gelitten. Im Großbritannien unter Boris werden wir uns wohl zurücksehnen nach den guten alten Zeiten mit Dave.

Das Resultat spricht eine deutliche Sprache. Schottland hat mit großer Mehrheit für den Verbleib gestimmt (62 Prozent). In Nordirland fiel das Ergebnis etwas weniger deutlich aus. Wales und England hingegen haben sich deutlich für den Brexit ausgesprochen. Somit wird die ohnehin schon geschwächte 300 Jahre alte Union der Engländer und Schottischen Völker in den kommenden Jahren zusätzlich herausgefordert. Die Aasgeier der „Scottish National Party“ (SNP) werden mit ihrer talentierten Führerin Nicola Sturgeon über dem Post-Brexit-Großbritannien ihre Kreise ziehen wie über einem verletzten Tier.

Aber kann man den Schotten dafür Vorwürfe machen? Als Engländer wünsche ich meinen progressiven schottischen Freunden alles Gute. Wenn ich jetzt aus dem Brexit wieder herauskommen könnte, würde ich diese Chance ebenfalls ergreifen. Für den Rest von uns beginnt nun der Kampf. Und er wird schwieriger sein, wenn wir die Schotten nicht mehr an unserer Seite haben.

Auch eine gewaltige Mehrheit der Londoner stimmte für einen Verbleib in der EU. Mit 79 Prozent für den „Brexit“ wurden die schon hohen Erwartungen übertroffen. Es zeigt sich ganz deutlich: Der Graben zwischen Stadt und Land ist tiefer denn je.

It's like turkeys voting for Christmas – Es ist, als würden die Weihnachtsgänse sich für Weihnachten entscheiden. Ich denke an die wehrlosen Menschen, die glauben, dass dieses Referendum die Lösung all ihrer Probleme sei. Es sind genau jene Menschen, die in deindustrialisierten, notleidenden Städten wohnen.

Jetzt wird das Ergebnis des EU-Referendums viele gemäßigte Konservative aus der Regierung zwingen. Bleiben werden die fanatischen, wirtschaftsliberalen und rechtskonservativen Euroskeptiker. Die Aussage, dass das Geld, das Großbritannien bis jetzt der EU zahlen musste, im Falle eines Brexits in das nationale Gesundheitssystem und in andere öffentliche Dienste gesteckt wird, ist lächerlich – und Ukip-Chef Nigel Farage hat sie schon halb zurückgenommen.

Man braucht sich ja nur anschauen, wer in Zukunft damit beauftragt wird, die politischen Versprechen umzusetzen.

Mit dem Referendum ist die Auseinandersetzung zwischen Norden und Süden, Alten und Jungen, London und dem Rest in Großbritannien keineswegs vorbei, im Gegenteil. Es ist wie mit den Kakerlaken. Tötet man eine Kakerlake, sagt man, kommen hundert zur Beerdigung. Die Probleme vermehren sich unter dem „Parkettboden des britischen politischen Systems“ weiter und kriechen heraus, um zu einem späteren Zeitpunkt ihr hässliches Gesicht zu zeigen. Ob jung oder alt, Schotte, Nordire, Waliser oder Engländer, Stadt- oder Landbewohner, Konservative oder Labouranhänger: Die Auseinandersetzung fängt gerade erst an.



Der Brite Christopher Ruff hat in Bath, Paris und Berlin Politikwissenschaften studiert. Er ist Gründungsmitglied Polis180 e.V., einer Initiative von Studierenden, Promovierenden und jungen Berufstätigen, die sich mit Außen- und Europapolitik beschäftigen. Er arbeitet (noch?) als Assistent eines britischen Abgeordneten im Europaparlament.

Zurück in die Wahldiktatur?

Machen die Tories jetzt auch mit ihren Plänen ernst, Großbritannien aus der Europäischen Menschenrechtskonvention herauszulösen? Es wäre der Weg zurück in die „splendid isolation“ des 19. Jahrhunderts, sagt Gerhard Dannemann.

Nun hat sich in einer Verkettung unvorhergesehener Umstände eine Mehrheit der britischen Wähler für den Ausstieg aus der Europäischen Union entschlossen. Ein Premierminister wollte innerparteiliche Kritiker mit dem Versprechen eines Referendums ruhigstellen, das 2013 bei der Verkündung so unwahrscheinlich schien wie eine absolute Mehrheit für seine Partei bei den Unterhauswahlen 2015 oder gar eine Mehrheit für den Austritt. Denn sehr groß war das Vertrauen, dass die Briten im Ernstfall wieder pragmatisch und mit Blick auf den eigenen Geldbeutel stimmen würden. Wie ja insgesamt ihr Verhältnis zu Europa recht nüchtern und auf den wirtschaftlichen Vorteil reduziert zu sein schien.

Und jetzt hat ausgerechnet die Generation der Rentner mit überwältigender Mehrheit für den Austritt gestimmt. Eine Gruppe, die jeder wirtschaftlichen Erschütterung gegenüber abgeneigt sein sollte und die nicht einmal einen Arbeitsplatz hat, den ihr ein Angehöriger eines anderen EU-Staates „wegnehmen“ könnte. Höchst erfolgreich hat die Brexit-Kampagne dieser Generation vermittelt, ihre ärztliche Versorgung sei durch Immigration gefährdet. Als ob Großbritannien außerstande wäre, für sein moderates Bevölkerungs-

wachstum von 0,5 Prozent pro Jahr vorausschauend genügend Kapazitäten zu schaffen.

In einem ungewöhnlich hässlichen Wahlkampf erkennt man vor allem im Brexit-Lager Parallelen zum Wahlkampf von Donald Trump: Fremden-

Der Premier könnte ohne Kontrolle durch das Verfassungsrecht regieren

feindlichkeit, viel Gefühl, wenige und dann oft falsche Fakten, das Versprechen, das Land wieder seiner vermeintlichen ehemaligen Größe zuzuführen („great again“) mithilfe nebulöser „great deals“. Auf beiden Seiten des Atlantiks hat die Grundwahrheit der 1990er für Wahlverhalten („The economy, stupid“) ausgedient. Umsonst setzten deshalb britische Europabefürworter auf die Taktik, sich kritisch über „Brüssel“ zu äußern und Europa als Preis zu verkaufen, den man für wirtschaftliche Vorteile leider zahlen müsse.

Was lassen die drei Kernforderungen der Brexit-Kampagne für die Zukunft erwarten? Unionsrecht soll nicht bindend sein, Großbritannien

nicht ins EU-Budget einzahlen, die Freizügigkeit soll abgeschafft werden, damit das Land die abschließende Kontrolle über sein Recht, seine Finanzen und seine Einwanderungspolitik bekommt. Wer Sympathien für die schottische Unabhängigkeitsbewegung hat, darf derartige Wünsche nicht für abwegig halten. Alle drei schließen aber das norwegische und das schweizerische Modell als Muster für das künftige Verhältnis von Großbritannien zur Europäischen Union aus. Der nächste britische Premierminister würde eine derartige Vereinbarung politisch kaum überleben.

Hart aufschlagen würde Großbritannien aber mit einem unregulierten Ausscheiden in zwei Jahren nach der Austrittserklärung. Das würde sein Verhältnis mit den 27 anderen Mitgliedstaaten den Regeln der Welthandelsorganisation überlassen. Über die Hälfte des britischen Außenhandels wäre damit zahlreichen Handelshemmnissen wie Zöllen ausgesetzt. Außerdem ist Großbritannien rechtlich mit der Union sehr eng verflochten und hätte mit dem Wegfall des gesamten Unionsrechts riesige Gesetzeslücken nicht nur bei Wirtschaft und Handel, sondern beispielsweise auch bei Produktsicherheit, Verbraucherschutz, der Umwelt, im Hochschulbereich. Das britische Parlament

kämpft ohnehin mit einem Stau von Gesetzesvorhaben und hat auch mittelfristig nicht die Kapazitäten für eine eigenständige Neuregulierung.

Zudem hinterlässt das Referendum ein zutiefst gespaltenes Großbritannien. Junge, Großstädter, Gebildete und die wohlhabendere Hälfte der Bevölkerung waren ganz überwiegend für einen Verbleib, im Gegensatz zu den Älteren, Kleinstädtern und Landbevölkerung, Leuten mit geringerer Bildung und der ärmeren Hälfte der Bevölkerung. Die zentralen Forderungen der Brexit-Kampagne umzusetzen, hieße, die Polarisierung zu verschärfen, möglicherweise die schottische Unabhängigkeit im zweiten Anlauf zu ermöglichen und den mühsam erworbenen Frieden in Nordirland zu gefährden. Kein Wunder, dass der als Cameron-Nachfolger favorisierte prominente Brexit-Befürworter Boris Johnson mit der Austrittserklärung so gar keine Eile hat.

Verfällt Großbritannien mit dem Brexit zurück in die „splendid isolation“ des 19. Jahrhunderts? Das hängt davon ab, ob die euroskeptischen Tories ihre Pläne durchsetzen, die Europäische Menschenrechtskonvention durch eine „British Bill of Rights“ zu ersetzen, eine Grundrechtecharta, die von jedem gewählten britischen Parlament geän-

dert werden könnte. Damit wäre die Rechtsprechung des Straßburger Gerichtshofs für Menschenrechte nicht mehr bindend. Großbritannien würde in die „Wahldiktatur“ zurückverfallen, als die der konservative Politiker Lord Hailsham 1976 sein Land kritisierte, in der ein mit parlamentarischer Mehrheit ausgestatteter Premierminister fünf Jahre lang ohne verfassungsrechtliche Kontrolle nach Belieben schalten und walten kann. Damit müsste sich Großbritannien auch aus dem Europarat verabschieden und würde ein fatales Signal an Länder wie Russland und die Türkei senden, in denen der Straßburger Gerichtshof bisher als letzter Rettungsanker gegen Menschenrechtsverletzungen gilt. Die weiteren Folgen für Europa können nicht weniger gravierend sein als der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.



Gerhard Dannemann ist Direktor des Großbritannien-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin.